informationen
172 | 2020-2

3 Europäische Friedensfazilität – Eine gefährliche Mogelpackung | 6 Nachrüstung auf hoher See | 8 »Frieden ist die Bedingung für Heilung«

Brüssel rüstet auf

EU-Kommissar Thierry Breton und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im November 2019
Foto: dpa

Thierry Breton war schon vieles: französischer Wirtschaftsminister, Professor in Harvard und Topmanager mehrerer IT-Konzerne. Nun ist er neuer EU-Kommissar für den Bereich Binnenmarkt mit erweiterter Zuständigkeit für Verteidigungsindustrie und Raumfahrt. Seine Aufgabe: Die digitale Forschung und Industrie in Europa zu stärken und dafür zu sorgen, dass die EU-Staaten bei IT-Innovationen zu China und den USA aufschließen.

Bis vor einigen Monaten war Breton Geschäftsführer des Atos-Konzerns, den er zu einem der europaweit größten Anbieter von IT-Dienstleistungen machte. Ein bedeutendes Geschäftsfeld von Atos sind digitale Lösungen für Militär und Sicherheitsbehörden, etwa Battle-Management-Systeme, Rechenzentren und biometrische Datenbanken. Mit anderen Worten: Die EU hat die Verantwortung für die weitere Entwicklung ihrer digitalen Industrie in die Hände eines ausgewiesenen Fachmanns für Rüstungstechnologie gelegt.

Umfangreiches Budget für Rüstungsprojekte

Der Ex-Manager Breton weiß natürlich aus eigener Erfahrung, dass IT-Innovationen meist zum »Dual Use«-Bereich zählen, also auch für militärische Zwecke hochinteressant sind. »Im Zentrum der neuen Rüstungsprojekte der EU steht das sogenannte *Manned-Unmanned-Teaming*«, erklärt Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung (IMI). Gemeint ist die Vernetzung von bemannten Kampfflugzeugen oder -fahrzeugen mit weitgehend autonomen Einheiten, wie zum Beispiel Drohnen. Es geht also um »hochgradig digitalisierte

Systeme«. Die Forschung daran kann EU-Kommissar Breton aus einem umfangreichen Budget fördern: Dem Europäischen Verteidigungsfonds. Im Entwurf für den *Mehrjährigen Finanzrahmen* von 2021 bis 2027, über den noch verhandelt wird, sind dafür insgesamt 13 Milliarden Euro vorgesehen. So ist zu befürchten, dass unter Breton die EU-Industrieförderung – besonders im Bereich der Digitalisierung – immer mehr zur Rüstungsförderung wird.

Tiefgreifende Korrekturen nötig

Doch dies ist nur ein Beispiel für die Militarisierung, die um sich greift, während gleichzeitig EU-Mittel für zivile Prävention und Menschenrechtsförderung gekürzt werden sollen. So halten die Mitgliedsstaaten weiterhin an der »Europäischen Friedensfazilität« fest: 10,5 Milliarden Euro sind für Militärmissionen und die Aufrüstung von Drittstaaten eingeplant. Friedensorganisationen aus verschiedenen EU-Ländern – darunter auch Ohne Rüstung Leben und das forumZFD – lehnen das Vorhaben ab oder fordern zumindest tiefgreifende Korrekturen. Der zuständige deutsche Außenminister Heiko Maas gibt sich hingegen betont zuversichtlich. Als Reaktion auf unsere Postkartenaktion und unseren Offenen Brief im Herbst 2019 teilte er uns mit, die »Friedensfazilität« müsse im Kontext weiterer EU-Instrumente gesehen werden und werde einen »Beitrag zu nachhaltigem Frieden und Stabilität« leisten. Daran zeigt sich einmal mehr, dass wir dringend eine gesellschaftliche Debatte über das Verständnis von Sicherheit und Frieden brauchen und darüber, wie wir eigentlich Frieden in und um Europa fördern möchten.

Simon Bödecker

Fragen Sie Ihre Abgeordneten

Europäische Friedensfazilität – Eine gefährliche Mogelpackung

Europäische Friedensfazilität – Eine gefährliche Mogelpackung

Was denken Ihre Bundestagsabgeordneten?

Die »Europäische Friedensfazilität« soll von den Mitgliedsstaaten zusätzlich zum EU-Haushalt finanziert werden – ein bedeutender Teil davon durch Deutschland. Eigentlich haben die nationalen Parlamente ein Recht auf Mitsprache, doch die Abgeordneten im Bundestag zeigen bislang nur wenig Interesse. Fragen Sie Ihre Bundestagsabgeordneten nach ihrer Haltung zur »Europäischen Friedensfazilität«. Die folgenden Formulierungen können Sie dafür nutzen.

Formulierungsvorschlag

Mit großer Sorge verfolge ich die Pläne zu einer weiteren Militarisierung der Europäischen Union. Im nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen ist nach aktuellem Stand wesentlich mehr Geld für Verteidigung, Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme vorgesehen. Die sehr viel geringeren Mittel für zivile Prävention und Menschenrechtsförderung sollen hingegen auch noch gekürzt werden.

Darüber hinaus wird aktuell zwischen den Mitgliedsstaaten über die Einrichtung einer sogenannten »Europäischen Friedensfazilität« verhandelt. 10,5 Milliarden Euro sollen in diesem Rahmen weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle für Militäreinsätze sowie für die Ausbildung und Aufrüstung der Streitkräfte von Drittstaaten bereitgestellt werden.

Zum Einsatz kommen soll die »Europäische Friedensfazilität« zum Beispiel in der Sahelzone oder im Nahen Osten. Dabei wurden Streitkräften in diesen Regionen Menschenrechtsverletzungen und Gewalt gegen friedliche Demonstrationen nachgewiesen – etwa im Irak oder in Mali. Europa darf solche Staaten nicht auch noch militärisch aufrüsten!

Fragen

Diese oder ähnliche Fragen können Sie Ihren Abgeordneten stellen, um mehr über ihre Haltung zu erfahren.

1 Werden Sie die Einrichtung einer sogenannten »Europäischen Friedensfazilität« zur Finanzierung von Militäreinsätzen sowie der Ausbildung und Aufrüstung von Streitkräften in Drittstaaten **ablehnen?**

Werden Sie in dem Fall, dass Deutschland der »Europäischen Friedensfazilität« **zustimmt** …

2 … sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung und Lieferung von Waffen, Munition und anderer Kampfausrüstung durch die »Friedensfazilität« explizit ausgeschlossen werden?

3 … sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung und Lieferung von Kleinen und Leichten Waffen sowie der zugehörigen Munition durch die »Friedensfazilität« explizit ausgeschlossen werden?

4 … darauf bestehen, dass die Nutzung der »Friedensfazilität« nicht den Prinzipien des *Gemeinsamen Standpunktes der EU zur Kontrolle von Rüstungsexporten* widersprechen darf?

5 … sich für eine effektive parlamentarische Überwachung der Maßnahmen im Rahmen der »Friedensfazilität« einsetzen?

6 … sich für eine effektive Vor-Ort-Kontrolle des Endverbleibs aller im Rahmen der »Friedensfazilität« gelieferten Rüstungsgüter und eine konsequente Ahndung von Verstößen einsetzen?

Ihre Bundestagsabgeordneten finden Sie beispielsweise unter bundestag.de/abgeordnete oder unter abgeordnetenwatch.de.

Die Fragen und Formulierungsvorschläge finden Sie auch zum Download unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Eine Aktion von Ohne Rüstung Leben und dem Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD).

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608353, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

© and MB 2 2020

Die »Europäische Friedensfazilität« soll durch die Mitgliedsstaaten finanziert werden. Daher haben die nationalen Parlamente ein Recht auf Mitsprache. Doch die Abgeordneten im Deutschen Bundestag zeigen daran bislang nur wenig Interesse.

Fragen Sie Ihre Bundestagsabgeordneten nach ihrer Haltung zur »Europäischen Friedensfazilität«!

In unserem Informationsblatt, das Sie auf den folgenden beiden Seiten finden, haben wir gemeinsam mit dem forumZFD relevante Argumente, Formulierungen und Fragen zusammengetragen.

Weitere Exemplare des Informationsblattes erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de oder als PDF-Datei zum Herunterladen unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

klimaneutral
natureOffice.com | DE-077-111222
gedruckt

Europäische Friedensfazilität – Eine gefährliche Mogelpackung

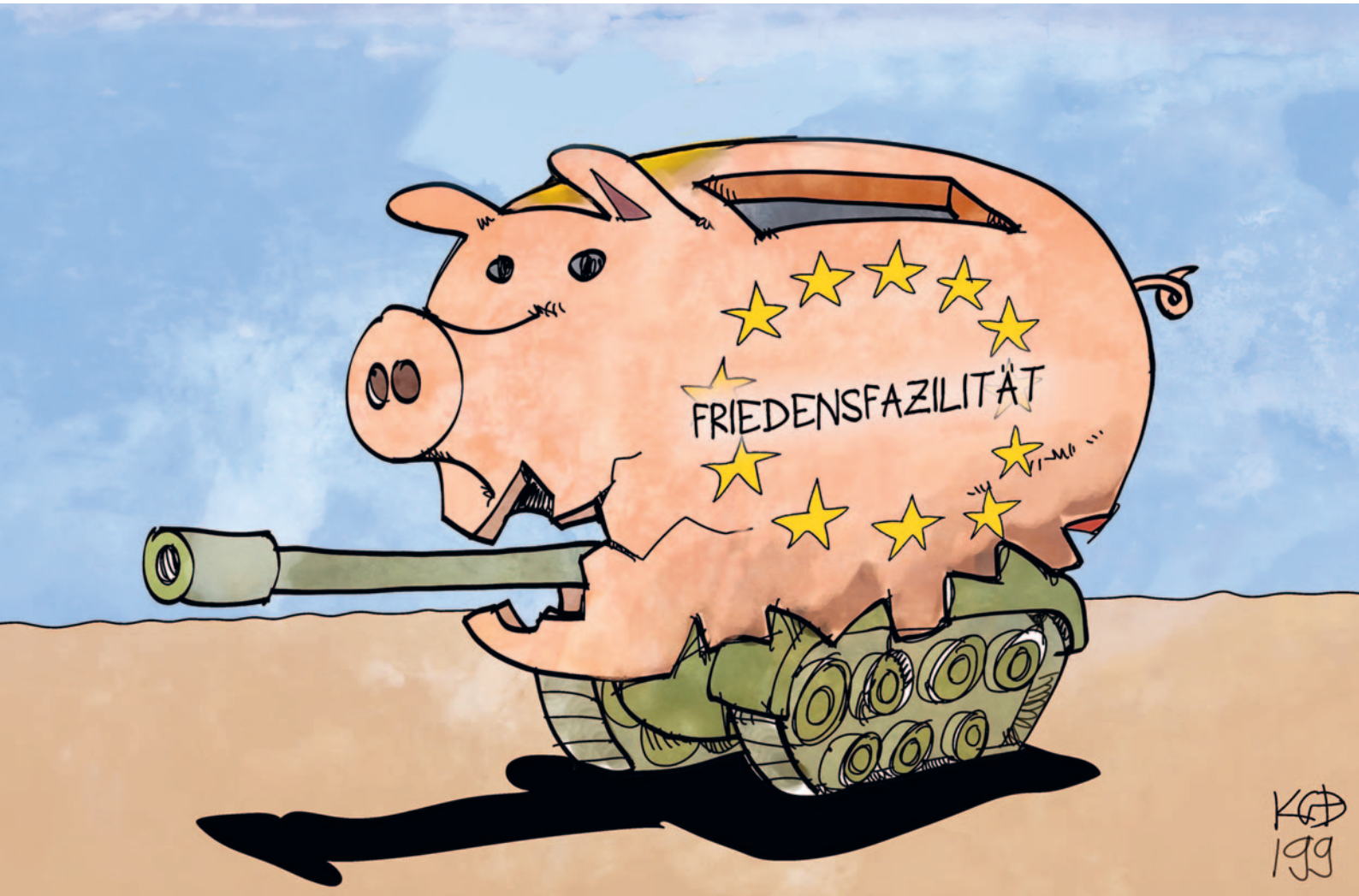
Fragen Sie Ihre Bundestagsabgeordneten

»Europäische Friedensfazilität« ist der irreführende Name eines geplanten Budgets, mit dem die EU-Staaten Militäreinsätze sowie die militärische Ausbildung und Aufrüstung von Streitkräften außerhalb der EU finanzieren wollen – zum Beispiel in der Sahelzone oder im Nahen Osten.

Für 2021 bis 2027 sind dafür 10,5 Milliarden Euro vorgesehen. Da Artikel 41(2) des EU-Vertrages es verbietet, militärische Zwecke aus dem EU-Haushalt zu finanzieren, soll die »Europäische Friedensfazilität« am Haushalt und am EU-Parlament vorbei als zusätzlicher Fonds von den Mitgliedsstaaten finanziert werden. Daher ist sie auch kein Teil der Verhandlungen über den *Mehrjährigen Finanzrahmen* der EU, sondern wird derzeit von den Mitgliedsstaaten zusätzlich ausgehandelt.

Viele Gründe sprechen gegen die Ausbildung und Aufrüstung von Streitkräften in Drittstaaten. So warnte das deutsche *Friedensgutachten 2018* vor erheblichen Risiken: Die Programme könnten zu noch mehr Gewalt führen, statt sie einzudämmen. In Teilen der geplanten Einsatzregionen sind zudem staatliche Menschenrechtsverletzungen und Gewalt gegen friedliche Demonstrationen nachgewiesen – etwa im Irak oder in Mali. Der Europäische Rechnungshof stellte im Jahr 2018 fest, dass die bisherigen sogenannten »Ertüchtigungsprogramme« in Mali und Niger keine nachhaltigen Ergebnisse gezeigt hätten. Wir finden: Statt unter dem Vorwand der Friedensförderung neue militärische Programme zu entwickeln, sollte die Europäische Union die bewährten Programme der zivilen Konfliktbearbeitung ausbauen.

Grafik: Kostas Koufogiorgos



Europäische Friedensfazilität – Eine gefährliche Mogelpackung

Was denken Ihre Bundestagsabgeordneten?

Die »Europäische Friedensfazilität« soll von den Mitgliedsstaaten zusätzlich zum EU-Haushalt finanziert werden – ein bedeutender Teil davon durch Deutschland. Eigentlich haben die nationalen Parlamente ein Recht auf Mitsprache, doch die Abgeordneten im Bundestag zeigen bislang nur wenig Interesse. Fragen Sie Ihre Bundestagsabgeordneten nach ihrer Haltung zur »Europäischen Friedensfazilität«. Die folgenden Formulierungen können Sie dafür nutzen.

Formulierungsvorschlag

Mit großer Sorge verfolge ich die Pläne zu einer weiteren Militarisierung der Europäischen Union. Im nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen ist nach aktuellem Stand wesentlich mehr Geld für Verteidigung, Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme vorgesehen. Die sehr viel geringeren Mittel für zivile Prävention und Menschenrechtsförderung sollen hingegen auch noch gekürzt werden.

Darüber hinaus wird aktuell zwischen den Mitgliedsstaaten über die Einrichtung einer sogenannten »Europäischen Friedensfazilität« verhandelt. 10,5 Milliarden Euro sollen in diesem Rahmen weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle für Militäreinsätze sowie für die Ausbildung und Aufrüstung der Streitkräfte von Drittstaaten bereitgestellt werden.

Zum Einsatz kommen soll die »Europäische Friedensfazilität« zum Beispiel in der Sahelzone oder im Nahen Osten. Dabei wurden Streitkräften in diesen Regionen Menschenrechtsverletzungen und Gewalt gegen friedliche Demonstrationen nachgewiesen – etwa im Irak oder in Mali. Europa darf solche Staaten nicht auch noch militärisch aufrüsten!

Fragen ?

Diese oder ähnliche Fragen können Sie Ihren Abgeordneten stellen, um mehr über ihre Haltung zu erfahren.

1 Werden Sie die Einrichtung einer sogenannten »Europäischen Friedensfazilität« zur Finanzierung von Militäreinsätzen sowie der Ausbildung und Aufrüstung von Streitkräften in Drittstaaten **ablehnen?**

Werden Sie in dem Fall, dass Deutschland der »Europäischen Friedensfazilität« **zustimmt ...**

2 ... sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung und Lieferung von Waffen, Munition und anderer Kampfausrüstung durch die »Friedensfazilität« explizit ausgeschlossen werden?

3 ... sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung und Lieferung von Kleinen und Leichten Waffen sowie der zugehörigen Munition durch die »Friedensfazilität« explizit ausgeschlossen werden?

4 ... darauf bestehen, dass die Nutzung der »Friedensfazilität« nicht den Prinzipien des *Gemeinsamen Standpunktes der EU zur Kontrolle von Rüstungsexporten* widersprechen darf?

5 ... sich für eine effektive parlamentarische Überwachung der Maßnahmen im Rahmen der »Friedensfazilität« einsetzen?

6 ... sich für eine effektive Vor-Ort-Kontrolle des Endverbleibs aller im Rahmen der »Friedensfazilität« gelieferten Rüstungsgüter und eine konsequente Ahndung von Verstößen einsetzen?

Ihre Bundestagsabgeordneten finden Sie beispielsweise unter bundestag.de/abgeordnete oder unter abgeordnetenwatch.de.

Die Fragen und Formulierungsvorschläge finden Sie auch zum Download unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Eine Aktion von Ohne Rüstung Leben und dem Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD).

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Stand: März 2020

War in Yemen – Made in Europe

Europaweite Forderungen nach einem EU-Waffenembargo

In der Nacht zum 26. März 2015 begann die von Saudi-Arabien angeführte Militäroffensive im Jemen. Seitdem herrscht am Golf von Aden ein brutaler Krieg – mit Folgen, die von den Vereinten Nationen als »schlimmste menschengemachte humanitäre Katastrophe der Welt« bezeichnet werden. Ohne Rüstung Leben und viele Partnerorganisationen in ganz Europa kritisierten anlässlich des fünften Jahrestages der Militärintervention erneut den europäischen Beitrag zum Leid der Menschen im Jemen.

Trotz des Krieges im Jemen und Berichten über eklatante Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch Kriegsparteien liefern Rüstungsunternehmen aus Europa Waffen und Rüstungsgüter an im Jemen-Krieg beteiligte Staaten. Unterstützung erhalten sie dabei von Regierungen, die solche Exporte genehmigen, obwohl sie den bestehenden europäischen Kriterien für den Rüstungsexport widersprechen. Im Jahr 2018 vertrat beispielsweise das Europäische Parlament die Ansicht, dass »Ausfuhren nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und an andere Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Koalition zumindest das Kriterium 2 (Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland) verletzen«. Europäische Regierungen und Rüstungsunternehmen machen sich somit mitverantwortlich für das Leid im Jemen.

Einige EU-Staaten haben auf den Druck aus der Zivilgesellschaft reagiert und Lieferungen an Länder wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eingeschränkt. Doch diese Beschränkungen weisen Schwächen und Schlupflöcher auf. Andere Länder wollen sogar weiterhin unbeschränkt in den Krieg liefern. In der Debatte über europäische Gemeinschaftsprojekte wie den Eurofighter – dessen Komponenten aus Deutschland und anderen EU-Staaten stammen – werden die unterschiedlichen Positionen besonders deutlich. Die Konsequenz muss eine klare Linie in ganz Europa sein, nämlich ein eindeutiges »Nein« zu Rüstungsexporten an im Jemen kriegführende Länder.

Im Rahmen des Europäischen Netzwerks gegen Waffenhandel (ENAAT) hat Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit Partnerorganisationen für den 25. März 2020 einen europäischen Aktionstag unter dem Motto »War in Yemen – Made in Europe« geplant. Vor dem Hintergrund des Coronavirus wurde daraus ein Online-Aktionstag, bei dem sich europaweit Menschen in den Sozialen Medien für ein EU-Waffenembargo gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition aussprechen konnten.

Ohne Rüstung Leben hat bereits im Februar 2016 die katastrophale humanitäre Lage im Jemen und die deutschen Rüstungsexporte an die Kriegsparteien öffentlichkeitswirksam thematisiert. Seitdem arbeiten wir kontinuierlich daran, dass der Krieg nicht vergessen wird und die Bundesregierung für ihre andauernden Rüstungsexportgenehmigungen an die Jemen-Kriegsstaaten scharfe Kritik erfährt. Unsere Nachrichtenmeldungen zum Thema finden Sie immer aktuell unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/saudi-arabien.

Charlotte Kehne

Grafik: urgewald

Nachrüstung auf hoher See

Ein neuer Einblick in die Geschäftspraktiken von Rheinmetall

Der Tübinger Anwalt Holger Rothbauer
Foto: Simon Bödecker

Ein Kriegsschiff liegt vor Anker in einer Militärbasis in Ostafrika. Techniker werden eingeflogen und zu dem Schiff gebracht. Sie gehen an Bord, dann legt das Schiff ab und verlässt den Hafen. Erst auf hoher See beginnen die Techniker damit, an den Geschützen des Schiffes zu arbeiten, sie nachzurüsten und mit Schießübungen zu testen. So oder so ähnlich soll sich diese Begebenheit im Jahr 2017 zugetragen haben.

Nachrüstung trotz UN-Waffenembargo

Die besagte Militärbasis befindet sich in der Hafenstadt Assab in Eritrea. Und die eingeflogenen Techniker waren Rheinmetall-Mitarbeiter, die eine Nachrüstung an den MLG 27-Geschützen eines Kriegsschiffes der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) vornahmen. Die Emirate nutzen den Militärstützpunkt in Assab als Basis für Einsätze im nur rund 60 km entfernten Jemen-Krieg. Zur Zeit der Nachrüstung durch Rheinmetall bestand jedoch ein strenges UN-Waffenembargo gegen Eritrea, das erst Ende 2018 aufgehoben wurde. Für Deutschland bedeutete dies, dass laut der Außenwirtschaftsverordnung damals nur »nichtletale militärische Güter, die ausschließlich für humanitäre oder Schutzzwecke bestimmt sind« nach Eritrea geliefert werden durften. Die einschlägige EU-Verordnung untersagte neben Waffenlieferungen auch »technische Hilfe im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten … in Eritrea oder zur Verwendung in Eritrea«.

Anzeige der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

Dass nun weitere Details zu dem Rheinmetall-Auftrag bekannt sind, ist auch der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« zu verdanken. Nachdem im November 2019 erste Recherche-ergebnisse von *Stern* und *Correctiv* veröffentlicht wurden, erstattete die Kampagne, vertreten durch ihren Tübinger Anwalt Holger Rothbauer, Strafanzeige wegen des Verdachts eines Embargoverstoßes gegen die verantwortlichen Manager des Rüstungskonzerns. Wie die Staatsanwaltschaft jetzt mitteilte, hat sich kein konkreter Anfangsverdacht für einen Rechtsverstoß ergeben. Die Ermittlungen brachten jedoch den eingangs beschriebenen Ablauf ans Licht.

Die Grenzen des Legalen ausgelotet

Folglich fand die Aufrüstung des Kriegsschiffes durch Rheinmetall bewusst in internationalen Gewässern, also außerhalb Eritreas, statt. Die dafür nötigen Waffenteile waren bereits vorher mit Genehmigung der Bundesregierung an die VAE geliefert worden. Erneut zeigt sich hier, wie geschickt der Rheinmetall-Konzern die äußersten Grenzen des Legalen auslotet. Anwalt Holger Rothbauer prüft noch, ob er Beschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen einlegt. Ungeachtet der juristischen Betrachtung ist aber klar, dass es an der Politik ist, endlich keine Rüstungsexporte mehr an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten wie die VAE zu genehmigen.

Charlotte Kehne und **Simon Bödecker**

Mehr über diesen Fall finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/rheinmetall.

Initiativen gegen Atomwaffen

Fahren Sie mit uns zum Ökumenischen Aktionstag nach Büchel

Mit so einer großen Nachfrage hatten wir nicht gerechnet: Schon nach drei Wochen waren mehr als 30.000 unserer Aktionspostkarten »10 Jahre Bundestagsbeschluss« verbreitet. Das zeigt, wie viele Menschen einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland möchten. Weitere Postkarten können Sie noch bestellen! Zum Jahrestag am 26. März 2020 haben wir persönliche Briefe an die Bundestagsabgeordneten versendet, auf unsere Aktion hingewiesen und sie ebenfalls aufgefordert, sich für die Umsetzung des Beschlusses einzusetzen. Darüber hinaus beteiligt sich Ohne Rüstung Leben an vielen weiteren Initiativen gegen Atomwaffen.

Mittlerweile haben 528 Abgeordnete, 86 deutsche Städte (darunter fast alle Landeshauptstädte) und die Länder Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg die **ICAN-Erklärungen und -Appelle** unterzeichnet oder entsprechende Beschlüsse verabschiedet (Stand: 15. März 2020). Mit diesen überwältigenden Zahlen wächst der Druck aus der Politik auf die Bundesregierung, ihre Blockadehaltung zum Atomwaffenverbotsvertrag endlich aufzugeben. Wenn Sie weitere Politikerinnen und Politiker für die ICAN-Erklärungen gewinnen möchten, finden Sie alle Informationen unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Mit einer **Delegation der Friedenswerkstatt Mutlangen** wollten 15 engagierte junge Menschen zur Überprüfungskonferenz des atomaren Nichtverbreitungsvertrages (NPT RevCon) im Mai 2020 nach New York reisen. Wie schon in den vergangenen Jahren hat Ohne Rüstung Leben zugesagt, einen Teil der Kosten zu übernehmen, um den jungen Menschen einen Einblick in das diplomatische Geschehen zu ermöglichen und ihnen die Chance zu geben, sich im direkten Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Staaten für eine atomwaffenfreie Zukunft einzusetzen. Nun wird die Delegationsreise zum geplanten Termin nicht stattfinden können. Bei Redaktionsschluss war noch unklar, ob die gesamte Überprüfungskonferenz verschoben wird.

Für Samstag, den 6. Juni 2020 laden kirchliche Gruppen zum **3. Ökumenischen Aktionstag gegen Atomwaffen** nach Büchel ein. Von 11:00 bis ca. 16:00 Uhr ist dort ein buntes Programm mit Livemusik, kurzen Reden und einem Ökumenischen Gottesdienst geplant. Die Predigt wird die stellvertretende Vorsitzende der EKD, Präses Annette Kurschus halten. Alle Informationen zum Programm und zur Anreise per Bus, aber auch zu eventuellen Änderungen finden Sie immer aktuell unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Simon Bödecker

»Frieden ist die Bedingung für Heilung«

Interview mit Carmen Sibbing

Seit 2016 bietet Ohne Rüstung Leben Workshops rund um das Thema Friedensförderung an. Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich darin schon der Frage gestellt, wie wir Frieden in den Gesellschaften von morgen entwickeln können. Frieden, davon sind wir überzeugt, ist eng mit allen großen Herausforderungen der Zukunft verflochten. Daher richten sich unsere Workshopangebote unter anderem auch an Menschen, die sich beruflich mit entwicklungspolitischen Themen befassen. Zum Beispiel Carmen Sibbing.

Die Leiterin des Länderbüros Deutschland der Kinderhilfe Bethlehem hat 2018 unseren Workshop »Konflikte verstehen – Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten« besucht. Mit den anderen Teilnehmenden hat sie anhand von konkreten Beispielen erarbeitet, welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben nötig sind. Wir haben bei Carmen Sibbing nachgefragt, was sie in ihren Alltag mitnehmen konnte.

Liebe Carmen, warum hast du dich vor zwei Jahren entschieden, einen sonnigen Samstag im Juni mit schwierigen Themen rund um bewaffnete Konflikte und Frieden zu verbringen?

Bewaffnete Konflikte und Frieden interessieren mich besonders im Kontext meiner beruflichen Ausbildungen. Ich bin Sozialarbeiterin, Kommunikationswirtin und Systemische Familienberaterin. Mich fasziniert die Erkenntnis stets aufs Neue, dass gewisse Verhaltensmuster zwangsläufig zu einer Gewaltspirale führen – und zwar sowohl im individuellen als auch im soziologischen, ethnologischen und internationalen Kontext. Stark vereinfacht möchte ich sagen: Konflikte eskalieren im Mikro-Kosmos nach den gleichen Mustern wie im Makro-Kosmos. In dieser Betrachtung und Reflexion von Konflikten liegt meines Erachtens viel Potenzial für die Friedensarbeit im Kleinen wie im Großen. Dafür habe ich sehr gerne einen sonnigen Samstag im Juni genutzt.

Was waren für dich die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Workshop?

Zunächst hat es mich gefreut, dass meine Erfahrungen mit den eben genannten Konfliktmustern bestätigt wurden. Darüber hinaus hat mich besonders die Erkenntnis begeistert, dass Frieden und nachhaltige Entwicklung in einer einander bedingenden Beziehung stehen. Wie die Vereinten Nationen in der Präambel der Agenda 2030 formu-

Szene aus dem Caritas Baby Hospital in Bethlehem
Fotos: Kinderhilfe Bethlehem

lieren: »Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden«. Frieden ist also nicht nur das Ziel von Konfliktlösungen. Frieden ist die Bedingung für nachhaltige Entwicklung und Heilung. Für mich ist das eine wunderbare Erkenntnis mit Zukunftsperspektive und eine stets aktuelle persönliche Einladung zum eigenen Engagement!

Du leitest beruflich das deutsche Länderbüro der Kinderhilfe Bethlehem. Wofür setzt ihr euch ein?

Die Kinderhilfe Bethlehem ist ein internationales christliches Hilfswerk, das seit fast sieben Jahrzehnten das Caritas Baby Hospital in Bethlehem betreibt. Im Jahr 1952 wurde es als deutsch-schweizerische Gemeinschaftsaktion federführend von Pater Ernst Schnydrig gegründet, der damit entschlossen auf die schlechte medizinische Versorgung von Flüchtlingskindern in Bethlehem reagierte. Sein Vorsatz, dass keinem Kind Bethlehems – unabhängig von wirtschaftlicher oder religiöser Herkunft – medizinische Hilfe verwehrt werden solle, gilt für uns noch immer. Auf dieser Grundlage sowie fast ausschließlich durch Spenden finanziert, erhalten jährlich rund 53.000 Babys und Kinder des gesamten Westjordanlandes bestmögliche medizinische Hilfe. Bis heute ist das Caritas Baby Hospital die einzige Kinderklinik Palästinas und für die Familien von rund 330.000 Kindern unter 14 Jahren unverzichtbare und verlässliche Anlaufstelle.

Dann steckt hinter eurer Arbeit also auch ein friedensfördernder Gedanke?

Der friedensfördernde Gedanke ist dem Caritas Baby Hospital sozusagen in die Wiege gelegt worden. Das Kinderkrankenhaus ist bewusst als Reaktion auf den Missstand entstanden, dass Flüchtlingskinder keinen bedingungslosen Zugang zu medizinischer Hilfe hatten. Schon damals wollte Pater Schnydrig nicht warten, bis andere die politische Lage verbessern. Mit Unterstützung lokaler und internationaler Fachkräfte handelte er. Die Geschichte des Caritas Baby Hospitals ist somit ein gelungenes Beispiel für Friedensförderung und Nachhaltigkeit mitten im Nahostkonflikt – bis heute.

Vielen Dank für diese interessanten Einblicke und euren wichtigen Beitrag!

Die Fragen stellte **Kerstin Deibert**

Erfolgreiche Wege aus der Sackgasse

Einführungsveranstaltungen zur Zivilen Konfliktbearbeitung

Teilnehmende im Austausch bei der Übung zum Perspektivenwechsel
Foto: Markus Weingardt

Immer wieder werden wir gebeten, anhand von konkreten Beispielen aufzuzeigen, wie Frieden mit zivilen, gewaltfreien Mitteln entwickelt werden kann. Diesem Wunsch sind wir im Herbst 2019 gerne nachgenommen: Der Friedens- und Konfliktforscher Dr. Markus Weingardt aus unserem Beirat und Kerstin Deibert, Referentin für Frieden und Entwicklung bei Ohne Rüstung Leben, führten Einführungsveranstaltungen rund um das Thema durch.

Wie kann es gelingen, mit Konflikten konstruktiv umzugehen? Diese Fragestellung stand im Zentrum der Kurzvorträge, Diskussionen und Übungen bei den vierstündigen Abendveranstaltungen in Karlsruhe und Tübingen. Markus Weingardt führte in die Grundlagen der Zivilen Konfliktbearbeitung ein und schilderte konkrete Beispiele aus aller Welt, in denen mit gewaltfreien Methoden nachhaltig Frieden gestiftet wurde. Kerstin Deibert leitete praktische Übungen an, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, einzelne Methoden auf Konflikte im eigenen Leben anzuwenden.

Was bedeutet »Zivile Konfliktbearbeitung«?

Zivile (oder auch Konstruktive) Konfliktbearbeitung bezeichnet unterschiedliche Methoden, in einen bestehenden Konflikt einzugreifen, seine Eskalation zu verhindern beziehungsweise ihn zu deeskalieren. Die Maxime ist dabei, Konflikte nicht-militärisch, gewaltfrei und konstruktiv zu bearbeiten – also mit Dialog, Verhandlung und Kompromiss statt Druck, Zwang und Gewalt. Der Grundsatz der Gewaltfreiheit stützt sich auf die ethische Überzeugung und die praktische Erfahrung, dass umfassender, stabiler und gerechter Frieden nur gewaltlos erreicht werden kann. Dem liegt ein ganzheitlicher Friedensbegriff zugrunde, der weit über die Abwesenheit von Krieg oder physischer Gewalt hinausgeht. Ziel der Zivilen Konfliktbearbeitung ist es, für mehr

Gerechtigkeit zu sorgen und die tieferliegenden kulturellen und strukturellen Dimensionen von Gewalt zu überwinden, die sich zum Beispiel in der Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen zeigen.

Kann Zivile Konfliktbearbeitung gelingen?

In seinem Buch »Was Frieden schafft« stellt Markus Weingardt zentrale Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung vor. Anhand konkreter Beispiele aus nationalen und internationalen Kontexten zeigt er auf, wie zum Beispiel mit Vermittlung, Menschenrechtsarbeit, Friedenserziehung oder Friedensmärschen echter Frieden entwickelt werden kann. Ein besonders eindrückliches Beispiel ist der Vermittlungsprozess im ehemaligen Bürgerkrieg in Mosambik. Nach verschiedenen gescheiterten Vermittlungsbemühungen, unter anderem durch die Vereinten Nationen, gelang es der katholischen Laienbewegung Sant' Egidio mit Geduld, Respekt und Glaubwürdigkeit ein Minimalvertrauen und Verständigung zwischen den Konfliktparteien aufzubauen. Es begann ein mühsamer, aber schließlich erfolgreicher Weg aus den Verhandlungssackgassen. Die Gespräche mündeten 1992 in ein umfassendes Friedensabkommen.

Und was ist Frieden »im Kleinen«?

Verständigung und Vertrauen sind auch bei »kleinen« Konflikten im Alltag von Bedeutung. Um das zu erfahren, konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einführungsveranstaltungen an der Methode des »Perspektivenwechsels« ausprobieren. Sie wird beispielsweise in der Mediation verwendet und soll Konfliktparteien in die Lage versetzen, den Konflikt aus der Sicht der »Gegenseite« zu sehen. Einzelne Teilnehmende sprachen in Kleingruppen über eine Konfliktsituation, die sie selbst erlebt hatten. Die Zuhörenden schlüpften dann in die Perspektive der »Gegenseite« und halfen der erzählenden Person, sich in die andere Position einzufühlen.

Eine Einführungsveranstaltung von wenigen Stunden kann natürlich keine umfassende Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung ersetzen. Doch die Teilnehmenden erfuhren und erlebten, worauf die Idee ethisch und praktisch basiert – in der »großen Politik« ebenso wie im persönlichen Alltag. Sie tragen diese Ideen nun weiter und helfen, das Wissen über friedliche Wege im Umgang mit Konflikten in unserer Gesellschaft zu verbreiten.

Kerstin Deibert

www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden

Neue Workshopreihe zu Friedenskompetenzen

Unsere neue Workshopreihe »Aufbau von Friedenskompetenzen« ist für den 8. bis 23. Mai 2020 geplant. Wir machen uns aber bereits konkrete Gedanken für den Fall, dass sich die Corona-Krise in den kommenden Wochen nicht spürbar entspannt. Wenn Sie Interesse an einem der Workshops haben, melden Sie sich am Besten jetzt an – dann können wir Sie direkt benachrichtigen, falls es zu Verschiebungen oder Änderungen kommt.

Detaillierte Informationen zu den Inhalten, zur Anmeldung und den Veranstaltungsorten erhalten Sie bei Kerstin Deibert von Ohne Rüstung Leben oder unter www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden.

Mit finanzieller Unterstützung des Staatsministeriums Baden-Württemberg über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ).

Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

sez
Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit
Baden-Württemberg

informationen
172 | 2020-2

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Thema menschliche Sicherheit hat vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie eine neue Färbung erhalten. Wir erleben hautnah, wie verbunden und voneinander abhängig wir alle auf unserem kleinen Planeten sind. Nach verheerenden Waldbränden und drohenden Hungersnöten durch Heuschreckenplagen in anderen Teilen dieser Welt, spüren wir die akute Verletzlichkeit und Unsicherheit unserer Lebenswirklichkeit am eigenen Leib. Wie schützen wir unsere Schwächsten, wie organisieren wir uns als Gesellschaft und wie erhalten wir ein solidarisches Miteinander? Dies sind jetzt die relevanten Fragen. Das Coronavirus wird nicht die letzte weltumspannende Herausforderung des 21. Jahrhunderts sein. Keine davon lässt sich mit Konfrontation und Aufrüstung beantworten.

Die Maßnahmen, mit denen die Ausbreitung von COVID-19 in Deutschland verlangsamt werden soll, betreffen auch unsere Arbeit. Immer mehr Veranstaltungen werden abgesagt, die Umsetzung vieler Pläne, die wir für die kommenden Monate hatten, ist unsicher. Termine wie die Lesereise von Arun Gandhi planen wir zu gegebener Zeit nachzuholen.

Bis dahin lassen Sie uns die Krise auch als Chance sehen, uns auf die wichtigen Dinge des Lebens wie Liebe und Freundschaft zu besinnen und uns in Besonnenheit, Solidarität und gegenseitiger Fürsorge zu üben.

Ihre

Kerstin Deibert

Kerstin Deibert

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage:
15.000

Informationen zum Datenschutz:
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz
oder bei unserer Geschäftsstelle

klimaneutral
naturoffice.com | DE-07-111222
gedruckt

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Inhalt

1 | Titel
Brüssel rüstet auf

2 | Aktion
Fragen Sie Ihre Abgeordneten

3 | Aktion
Europäische Friedensfazilität – Eine gefährliche Mogelpackung

5 | Aktion
War in Yemen – Made in Europe

6 | Hintergrund
Nachrüstung auf hoher See
Ein neuer Einblick in die Geschäftspraktiken von Rheinmetall

7 | Aktion
Initiativen gegen Atomwaffen

8 | Hintergrund
»Frieden ist die Bedingung für Heilung«
Interview mit Carmen Sibbing

10 | Aktuell
Erfolgreiche Wege aus der Sackgasse
Einführungsveranstaltungen zur Zivilen Konfliktbearbeitung

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank

www.ohne-ruestung-leben.de/spenden